

Montag, 02. Januar 2023, Rotenburg-Bebraer Allgemeine / Lokales

„Pragmatismus statt Bürokratie“

MEHR ZUM THEMA - Wirtschaftsexperten im Landkreis erwarten ein schwieriges Jahr



Julia Kossack IHK-Servicezentrum

Hersfeld-Rotenburg – Die dunklen Schatten des Ukraine-Krieges mit seinen Folgen für die Wirtschaft in Europa treffen nun auch den Kreis Hersfeld-Rotenburg. Waren sich die führenden Wirtschaftsexperten in den

Vorjahren in ihrer zumeist optimistischen Einschätzung der Lage in der Region noch einig, so zeichnet sich inzwischen je nach Branche ein durchaus ambivalentes Bild.

„Die aktuellen Risiken für unsere Wirtschaft sind größer als zu Zeiten der Finanzkrise und der Pandemie“, sagt der Chef der Arbeitsagentur Walde-
mar Dombrowski. Das berichtet auch Julia Kossack vom IHK-
Servicezentrum des Kreises und beruft sich auf Angaben von heimischen
Betrieben. „Wir gehen insbesondere im produzierenden Sektor von rück-
läufigen Zahlen aus. Die Auswirkungen der Energiepreise sind in der In-
dustrie konkret spürbar: Besonders die energieintensiven Hersteller von
Vorleistungsgütern schränken ihre Produktion ein“, sagt Kossack. Die In-
vestitionsneigung der Unternehmen deute ebenfalls auf einen Rückgang
hin.

Ähnlich sieht es die Kreishandwerkerschaft. „Die allgemeinen wirtschaftli-
chen Belastungen haben sich infolge des Angriffskrieges gegen die Ukrai-
ne verschlechtert. Immer mehr Betriebe rechnen mit einer rückläufigen
Umsatzentwicklung und niedrigeren Auftragseingängen. Der Ausblick auf
die kommenden Monate ist pessimistischer als sonst“, erklärt Geschäfts-
führer Eugen Reinhardt.

Optimistischer urteilt hingegen Sparkassen-Vorstandschef Reinhard Faul-
stich. „Die zu erwartende temporäre Rezession wird nicht spurlos am Ar-
beitsmarkt vorbeigehen. Für unsere Region sehe ich aber noch keine nach-
haltigen Probleme. Der längerfristige Mangel bei den Fachkräften und die
unverrückbar gute Lage im Herzen Europas wirken bei möglichen Belas-
tungen des Arbeitsmarktes stabilisierend“, glaubt Faulstich.

Sorge um Innenstädte

Eine für alle deutlich sichtbare Auswirkung der sich eintrübenden Wirt-
schaft ist der Leerstand von Geschäften in den Innenstädten, den die Ex-
perten übereinstimmend mit Sorge registrieren. „Beherztes und auch kon-
sequentes Handeln sind jetzt angesagt, um die gesellschaftlichen und per-
sönlichen Vorzüge für ein Leben in unserer Region attraktiv zu halten“, for-
dert Sparkassenchef Faulstich.

Eine „kluge und ansprechende Kombination aus Kultur-, Gemeinschafts-
und Verkaufsevents dürfte gerade in dieser schwierigen Zeit für den loka-
len Einzelhandel und die Gastronomie besonders hilfreich sein. Hier soll-
ten wir nach den schwierigen Jahren etwas mehr wagen“, meint Arbeits-
agenturchef Dombrowski.

Politische Forderungen

Um es der heimischen Wirtschaft in schwierigen Zeiten etwas leichter zu machen, stellen die Fachleute aus der Region auch konkrete Forderungen an die Politik in Berlin. „Für das neue Jahr ist eine stärkere Abstimmung der politischen Ebenen notwendig“, sagt Landrat Torsten Warnecke. Auf kommunaler Ebene funktionieren der Austausch zwischen Gemeinden, Städten und Landkreis. Ein solches gemeinsames und abgestimmtes Handeln sei allerdings auch für die höheren politischen Ebenen wünschenswert, weil dann politische Entscheidungen wirkungsvoller umgesetzt werden können. In Zeiten, in denen ein Krieg in Europa viele Lebensbereiche berührt, sollte das eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, meint Warnecke.

Noch konkreter sind die Forderungen der heimischen Wirtschaft: „Wir brauchen einen konsequenten Bürokratieabbau. Für viele Unternehmen birgt Bürokratie ein erhebliches Geschäftsrisiko“, sagt Julia Kossack von der IHK und beruft sich auf mehrere Umfragen der IHK-Organisation quer durch alle Branchen und Regionen.

„Wer in seinem Betrieb eine neue Lagerhalle baut oder etwas nachrüstet, sollte nicht um jeden Genehmigungsschritt kämpfen müssen. Gerade jetzt in der Krise kann der Verzicht auf nutzlose Vorschriften und deutlich vereinfachte Verfahren positive Impulse auslösen“, macht Kossack deutlich.

Ähnlich sieht das Eugen Reinhardt von der Kreishandwerkerschaft. „Viele Chefs im Handwerk verbringen zunehmend mehr Zeit mit der Erledigung administrativer Anforderungen als mit der Ausübung ihres eigentlichen Handwerks“, beklagt er die ständig weiter wachsende Bürokratie. „Kleine Betriebe sind überproportional von Bürokratie betroffen. Sie haben nicht die Personalstärke, um alle Rechtsbereiche abzudecken, und benötigen spürbare Entlastungen.“ Auch Bernd Rudolph, Geschäftsführer der Wirtschaftsförderung des Kreises, nennt die „Bekämpfung der anwachsenden Bürokratie – vor allem auch für kleine und mittlere Unternehmen“ als vorrangige Aufgabe für die Politik. „Es wird notwendig sein – soweit es die internationalen Faktoren zulassen – einen nachvollziehbaren, verlässlichen und vor allem auch umsetzbaren Handlungsrahmen für die wirtschaftlich Handelnden zu definieren“, erklärt Rudolph.

Ähnlich äußert sich Sparkassenchef Reinhard Faulstich. „Gesetzliche Vorgaben brauchen weniger Ideologie, mehr Pragmatismus auch bei unbequemen Entscheidungen und den Mut, nicht alle kleinen Dinge regeln zu

wollen“, sagt er. Zudem weist der Finanzfachmann darauf hin, dass sich die Politiker in Berlin darauf besinnen sollten, dass „wie für jeden Bürger Schulden Schulden und nicht Sondervermögen sind“. kai Fotos: kristina Marth, Sparkasse, Wilfried Apel, Arbeitsagentur, Wirtschaftsförderung, Privat/NH